Bremer Forschungen
zur Kriminalpolitik

herausgegeben von

Prof. Dr. Lorenz Böllinger
Prof. Dr. Johannes Feest
Prof. Dr. Felix Herzog
Prof. Dr. Edda Weßlau

Band 13

LIT

Helmut Pollähne, Heino Stöver (Hg.)

Komplemente
In Sachen:
Kriminologie, Drogenhilfe,
Psychotherapie, Kriminalpolitik

Komplimente für Lorenz Böllinger

unter Mitarbeit von
Andrea Kemper

LIT

2010

ders. (2005) Terroristen als Personen im Recht? *Zeitschrift für die gesamten Strafrechtswissenschaften* 117, 839 ff.

Lüderssen, Klaus (1993/1995) Übernahme der Aufgaben des Strafrechts durch andere Rechtsgebiete – ein Blick auf das konkurrenzfähige (andere) öffentliche Recht und Zivilrecht sowie die dazugehörigen Verfahrensgänge. In: Fritjof Haft (Hrsg.) *Strafgerechtigkeit. Festschrift für Arthur Kaufmann zum 70. Geburtstag*, 1993, 487 ff.; hier zitiert nach dem Wiederabdruck in Lüderssen, *Abschaffen des Strafens*, 1995, 410 ff.

Müller, Reinhard (2007) Verbotszwecke. *FAZ* vom 19.3.2007, 1

Naucke, Wolfgang (1985) Wechselwirkung zwischen Strafziel und Verbrechensbegriff. *Stuttgart*

ders. (2000) Über die Zerbrechlichkeit des rechtsstaatlichen Strafrechts. *Baden-Baden*

Pound, Roscoe (1910) *Law in the books and Law in action*. *American Law Review* 44, 12 ff.

Prittwitz, Cornelius (1988) Aidsbekämpfung – Aufgabe oder Selbstaufgabe des Strafrechts? *Kritische Justiz* 304-309

ders. (2008a) Abschied vom einheitlichen Strafrecht? In: *Strafverteidigervereinigungen (Hrsg.) Brauchen wir ein neues Strafrecht? Aufgaben und Grenzen des materiellen Strafrechts (31. Strafverteidigertag Rostock, 23.-25. März 2007)*. Berlin 9-25

ders. (2008b) El derecho penal an la encrucijada: Abolición, diversificación, volver al la razón o entrar en razón? In: *Universidad Nacional Maypr de San Marcos. Lima/Peru*, 49-65

Volkman, Uwe (2007) Demokratisches Schamanentum. *FAZ* vom 16.3.2007, 9

Scheerer, Sebastian (1986) Atypische Moralunternehmer. *Kriminologisches Journal Beiheft* 1, 123 ff.

Schubert, Inti (2007) *Europa und der virtuelle Verdacht: Die Suspendierung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung*. Frankfurt am Main

Silva Sanchez, Jesus-Maria (1999) *La expansión del Derecho penal*, Madrid. 2. Aufl. Madrid, 2001

ders. (2003) *Die Expansion des Strafrechts*. Frankfurt am Main

Zur Hanse Law School

von *Dian Schefold*

Die Bremer juristische Ausbildung – vielleicht nicht ganz zufällig mit dem Geburtsmangel einer Etikettierung als „Juristenausbildung“ behaftet, als gäbe es keine Juristinnen – fand sich seit ihrer Einführung 1971 einer scharfen Kritik ausgesetzt, die in Teilen Deutschlands in expliziten oder impliziten Boykott ausmündete. Berechtigt, maßlos übertrieben oder grundlos – die Kritik nahm Kräfte der Verantwortlichen und weiteren Beteiligten in Anspruch, isolierte sie und bewirkte oder verstärkte Symptome einer Krise des Bremer Modells, die dem Verfasser dieser Zeilen sehr deutlich vorgehalten wurden, als er 1979 den Ruf nach Bremen annahm, mit der Absicht, dort an der Einphasenausbildung mitzuwirken. Diese war von Anfang an als Experiment konzipiert und wurde stetig evaluiert – genug Grund also, Defizite zu korrigieren, an der Entwicklung des Modells zu arbeiten. Aber in der Defensivsituation des Bremer Studiengangs war das schwierig. Es wurde weiter erschwert durch die die Achtzigerjahre in Bremen bestimmenden Sparauflagen und -bemühungen. So unterblieben Weiterentwicklungen. Als in der Schlussphase der sozialliberalen Koalition im Bund auch von dort eher Bremssignale kamen, dann die Abschaffung der Experimentierklausel im Deutschen Richtergesetz der Einphasigkeit den Todesstoß versetzte, konnte zwar das Modell vorerst fortgeführt und weiter abgewickelt werden, war aber als Auslaufmodell stigmatisiert.

In dieser Situation war es freilich möglich, die wieder eingeführte Zweistufigkeit in Bremen als Korrektur der Mängel sowohl der zweiphasigen, wie der einphasigen Ausbildung zu verstehen. Die Vorbereitung des Gesetzes, unter Beteiligung von Vertretern des Fachbereichs, erbrachte durchaus Teilerfolge, neben Bekennnissen zur Interdisziplinarität namentlich in der Konzeption des Schwerpunktstudiums und der Integration von Fachbereich und Praxis im Referendariat. Als allerdings das Gesetz praktiziert werden sollte, ergaben sich Probleme, vor allem im Umgang mit der jetzt viel größeren Zahl von Studierenden, überwiegend direkt von der Bremer Schulbank stammend und mit geringer Motivation zu einem spezifisch bremischen Modell, Gestaltung des Exams unter Ägide des Präsidenten des Oberlandesgerichts, der Verbindung von Schwerpunktmaterien und Kernfächern. Dabei sichtbar werdende Mängel, vor allem der Druck der Zweiten Staatsprüfung, in Hamburg abzulegen, wurden nicht in Richtung auf eine Profilierung der Kontinuitäten des Bremer Modells, sondern auf eine An-

passung an traditionelle Formen und Inhalte der juristischen Ausbildung korrigiert. Konkret: Als bei der Evaluation des Bremer Fachbereichs 2000 der auswärtige Vorsitzende der Evaluationskommission äußerte, Schwerpunktqualifikationen gingen notwendigerweise zu Lasten der Klausurkompetenz, wurde dies nicht in seinem Sinn zur Herausstellung der in der Schwerpunktausbildung gewonnenen Lehrerfolge genutzt, sondern wurden die Klausuranforderungen erhöht – zu Lasten der Schwerpunktausbildung, die seitdem zwar vom Bundesgesetzgeber positiver gewertet wurde, in der Bremen aber kaum mehr eine Vorreiterrolle beanspruchen kann. *Sint ut sunt aut non sint* – das zur Charakterisierung der Jesuiten gebräuchliche Sprichwort gilt auch für die zweiphasige juristische Ausbildung: Sie dient einem traditionellen, auf den Staatsdienst orientierten Berufsbild. Sie relevant zu verändern, ist jedenfalls in Bremen nicht gelungen.

In dieser Situation war es ein zugleich neuer und hoffnungsträchtiger Impuls, als von niederländischer Seite an Bremen die Idee einer Hanse Law School hergetragen wurde. Grundgedanke, vom Groninger Rechtsphilosophen und Verfassungsrechtler Damiaan Meuwissen entwickelt, war die Europäisierung und Internationalisierung der Rechtsordnung – ein in Bremen zwar weniger in der Lehre, wohl aber am Zentrum für Europäische Rechtspolitik und in der Forschung vieler Hochschullehrer in den Blick genommenes Phänomen. Es legte nahe, die juristische Ausbildung nicht auf eine Universität und Rechtsordnung zu beschränken, sondern unter internationalem, zunächst vor allem europäischem, niederländischem und deutschem vergleichendem Aspekt und unter Einbeziehung des Common Law zu betreiben. Für einen solchen in Groningen und Bremen gemeinsam durchzuführenden Studiengang bot die niederländische Rechtsordnung die Chance, ihn zu einem Abschluss mit dem Examen des juristischen Magistergrads (LL.M.) zu führen. Dieses Examen eröffnet nach niederländischem Recht die Perspektive des Zugangs zu allen juristischen Berufen, außer der Tätigkeit etwa in Wirtschaft, internationalen Behörden und Verbänden auch zur Anwaltschaft. Diese ist parallel dazu durch europäische Regulierungen europäisiert worden, so dass nach der Niederlassungsrichtlinie der EU der niederländische Anwalt auch in Deutschland tätig werden kann. So eröffnete sich plötzlich die Chance, ohne die Nadelöhre und Unwägbarkeiten der deutschen Staatsexamen durch einen neuen Studiengang den Zugang zu den meisten juristischen Berufen, vor allem im inter- und supranationalen Bereich, aber auch in der Anwaltschaft zu erreichen. Dieses curriculare Modell erhielt zusätzliche Charakteristiken durch drei ganz heterogene Faktoren:

- Zunächst – das war wohl für den Initiator wesentliches Motiv – bewirkte die internationale Orientierung eine spezifische *Methode* und den Rückgriff auf Prinzipien, wie sie etwa in der EU in den Fundamentalprinzipien des Art. 6 EUV, im Zivilrecht durch allgemeine Rechtsgrundsätze – eben deshalb die Bedeutung auch der Rechtsgeschichte für die Hanse Law School – aufweisbar sind. Schon dies legte nahe, Studieninhalte weniger durch Detailwissen, als durch Verständnis der Strukturen in ihrer historischen und vergleichenden Ausprägung zu definieren.

- Sodann zwangen die begrenzten Ressourcen und die Notwendigkeit, neben der Hanse Law School auch die traditionelle juristische Ausbildung weiter anzubieten, zu einer Beschränkung der Ausbildung auf eine auch didaktisch effizientere *Kleingruppe* von 25 Anfängerinnen und Anfängern jährlich. Auch die für diese erforderliche Lehrkapazität wäre in Bremen allein nicht vorhanden gewesen. So bot sich als glückliche Ergänzung an, dass an der Universität *Oldenburg* zwar von Anfang an juristische Lehrkapazität geschaffen, aber nie zu einem eigenen Studiengang entwickelt worden war, und dass die dort Lehrenden, im Übrigen vor allem mit Nebenfach-Angeboten für andere Studiengänge beschäftigt und zugleich international interessiert, sich gerne an der Hanse Law School beteiligten. Damit erhielt sie, neben der Bi-Nationalität, auch in Deutschland ein doppeltes Standbein.

- Schließlich, drittens, wurde der neue Studiengang durch die Vorgaben geprägt, die der *Bologna-Prozess* allen europäischen Universitäten abverlangte, denen sich aber die staatlich geprägte juristische Ausbildung in Deutschland ganz überwiegend widersetzte: Gliederung des Studiengangs in eine Bachelor-Phase, die mit einem eigenen, zumindest dem grundsätzlichen Anspruch nach berufsqualifizierenden Examen (LL.B.) abschließt, mit der Möglichkeit der darauf aufbauenden Master-Phase als – durchaus auf Bremer Erfahrungen mit dem Schwerpunktstudium aufbauenden – Vertiefungs- und Spezialisierungsphase mit dem weiteren berufsqualifizierenden, in den Niederlanden wie in Deutschland anerkannten Magistergrad (LL.M.).

Das hier in aller Kürze dargestellte Konzept wurde in einem allmählichen, zunächst langsamen und in der Orientierung noch unbestimmten Diskussionsprozess entwickelt und konkretisiert, bis hin zu einem akkreditierungsfähigen und die erforderlichen Ordnungen einschließenden Studien- und Prüfungsprogramm. Entscheidende Vorbereitungsphasen fielen in die Zeit des Dekanats Lorenz Böllingers. Seiner ausgleichenden Vermittlung ist es daher zu einem großen Teil zu verdanken, dass das Konzept konkretisiert, konsensfähig gemacht und damit

eingeführt werden konnte. Dabei flossen ganz unterschiedliche Interessen der Beteiligten ein. Dazu zählte auch die progressive niederländische Kriminal- und vor allem Drogenpolitik. Ihre vergleichende Behandlung ging daher in das Hanse Law School-Konzept ein und wurde von Bremer und Groninger Kriminalwissenschaftler/-inne/-n eingebracht. Lorenz Böllinger war daher in doppeltem Sinn an der Hanse Law School beteiligt: als die anderen Initiatoren moderierender, seltener, aber durchaus auch dirigierender Mit-Initiator, sowie als an der Lehre und Konkretisierung des Konzepts Beteiligter.

Ein in mancher Hinsicht vergleichbarer Beitrag entwickelte sich von Seiten des öffentlichen Rechts. Gewiss, ein internationalisierter und europäisierter Studiengang setzte die Analyse der Strukturen des internationalen und europäischen Rechts, also klassisches Völker- und Europarecht voraus. Das waren von Anfang an essentielle Elemente des Curriculums. Aber der Anspruch der Hanse Law School-Methode reicht weiter. Das Verständnis der Konvergenz heutiger Rechtsordnungen, vor allem der Europäischen Union, setzt ihre Vergleichung in der Genese, sozialen Funktion und praktischen Wirksamkeit voraus. Von daher wurde das Studium des vergleichenden öffentlichen Rechts zu einem wichtigen Baustein, mit dem die Fachvertreter an allen drei beteiligten Hochschulen, in Groningen namentlich Dick Lubach, in Oldenburg Götz Frank und in Bremen der Verfasser dieser Zeilen arbeiteten. Schon in der Vorbereitung der Hanse Law School organisierten wir daher mehrere gemeinsame Blockseminare in Tagungsräumen zwischen Groningen und Bremen. Sie erwiesen sich fachlich und persönlich als überaus fruchtbar. Daher wurde eine der Referentinnen, die Bremerin Anika Logemann – noch Absolventin der zweistufigen Ausbildung – in Groningen als Tutorin für die Hanse Law School eingestellt. Wenngleich sich das aus gleich zu erwähnenden Gründen als wenig wirksam erwies, nutzte die Stelleninhaberin ihre Position zur Anfertigung einer Dissertation zur Europäischen Menschenrechtskonvention und ihren Grundlagen in den demokratischen Ordnungen der Mitgliedstaaten. Damit erwarb sie in Groningen den niederländischen Doktorgrad, bei Beteiligung auch der Oldenburger und Bremer Fachvertreter an der in niederländischer und deutscher Sprache, ganz unbremisch feierlich im Talar erfolgenden Verteidigung der Arbeit, die inzwischen als Buch vorliegt. Sie zeigt sinnfällig das Zusammenwirken der drei Universitäten in dem gemeinsamen Projekt.

So hatte die Hanse Law School schon bei Beginn der eigentlichen Lehrtätigkeit eine inhaltliche, organisatorische und auch in der Kooperation der Beteiligten sichtbare Grundlage. Die Zusammenarbeit mit den ersten Studierenden war

ebenso erfreulich wie mit den beteiligten Kollegen. Die Erinnerung daran verbindet mit Lorenz Böllinger.

Allerdings traten von Anfang an auch Schwächesymptome zutage. An allen drei beteiligten Universitäten zeigten sich viele Kollegen weniger an dem neuen Studiengang interessiert, wohl auch skeptisch gegenüber manchen der zugrunde liegenden Überlegungen. So blieb der Studiengang Sache einer begrenzten Gruppe, die, auch anderen Aufgaben verpflichtet, nur knapp die erforderlichen Kapazitäten einbringen und das Funktionieren der Ausbildung gewährleisten konnte.

Am schärfsten zeigte sich das in Groningen. Konkurrenz anderer Ausbildungs- und Forschungskonzepte, Einwände, wohl auch Rivalitäten führten dazu, dass nicht nur der Initiator der Hanse Law School, Damiaan Meuwissen, nach seinem Eintritt in den Ruhestand allenfalls noch über Bremen einwirken konnte – und hier waren wir doch auf Zusammenarbeit mit aktiven Hochschullehrern aus Groningen angewiesen –, sondern auch der geschäftsführende Direktor, Dick Lubach, der Bremen in erwähnter Weise gefördert hatte, durch andere Personen ersetzt wurde. Als bi-nationaler Studiengang fand die Hanse Law School unter solchen Bedingungen unter den Groninger Studierenden kaum Anklang. Sie schrumpfte zu einem Ausbildungsgang für aus Deutschland kommende, freilich nach wie vor auch in Groningen Kurse, ja Semester absolvierende Studierende, so dass vom ursprünglichen Konzept eines bi-nationalen Studiengangs erhebliche Abstriche gemacht werden mussten. Ob dies auf längere Sicht als niederländisch-deutsches Zusammenwirken ausreicht, wird sich zeigen müssen. Jedenfalls wäre wünschbar, auch Groninger Studierende wieder stärker an dem Studiengang zu interessieren.

Aber auch auf der deutschen Seite funktionierte nicht alles. Während in Oldenburg erhebliche Anstrengungen dahin unternommen wurden, durch Berufungen, erst von Dagmar Schiek, dann von Christine Godt, engagierte Persönlichkeiten für die Hanse Law School zu gewinnen und auch die Infrastruktur für die Verwaltung des Studiengangs zu sichern, gab Bremen anderen Interessen, außer in der Lehre des zweistufigen Studiengangs auch in der Forschung, den Vorrang. Wichtige Berufungsentscheidungen, für die ausgewiesene und hoch motivierte an der Hanse Law School Beteiligte zur Diskussion standen, wurden zu deren Ungunsten gefällt. Abgesehen davon, dass das Zweifel an der Konsistenz der bremischen Berufungspolitik wecken kann, engte es vor allem im Zivilrecht den Kreis der an der Hanse Law School interessierten Lehrenden ein und schmälerte damit die ohnehin knappe Basis des Studiengangs. Vor allem im Zivilrecht, aber

seit der Pensionierung bisher mitwirkender Hochschullehrer auch in anderen Bereichen kann dies dazu führen, dass auch die nötigsten Veranstaltungen nicht mehr abgedeckt werden können.

Die Entwicklung weist aber auch auf ein grundsätzlicheres Problem hin. Die Hanse Law School, nicht auf Staatsexamina ausgerichtet und daher Grundlage für eine Tätigkeit der Absolventinnen und Absolventen vor allem in supra- und internationalen Organisationen, Verbänden, Nicht-Gouvernementalen Organisationen (NGO) und für entsprechend orientierte Anwälte, hat, wie gezeigt, wesentliche Impulse aus der Rechtstheorie, den Kriminalwissenschaften und dem öffentlichen Recht bekommen. Gerade diese Materien sind aber für den Studiengang, mögen sie auch attraktiv sein, nicht von zentralem sachlichem Interesse. Insofern müssen Zivil- und Wirtschaftsrecht, wenn auch ergänzt durch Materien etwa des Sozialrechts, Steuerrechts, Umweltrechts, Polizeirechts, im Mittelpunkt stehen. Kann der Studiengang seine Zentralmaterien nicht hinreichend vermitteln, verliert er seinen Sinn.

Für die Initiatoren, darunter Lorenz Böllinger und mich, war diese Grenze des eigenen Beitrags immer Grundlage der Mitwirkung. Sie hinderte nicht eigenen Erkenntnisgewinn auf dem Gebiet internationalisierter und europäisierter Rechts- und Sozialstrukturen, und noch weniger stand sie aus der Zusammenarbeit resultierendem gegenseitigem Vertrauen entgegen. Aber gerade die Dankbarkeit dafür schließt auch das Bewusstsein für die Grenzen persönlichen Wirkens ein – und belässt uns die Hoffnung darauf, dass es den jetzt und künftig Verantwortlichen gelingen möge, die Idee der Hanse Law School wirkungsträchtig zu erhalten.

Flexibler Irrtum

von Peter Thoss

Als Jurist, Psychologe und Psychoanalytiker beackert Lorenz Böllinger ein Feld, das viele bestellen, neuerdings auch die Hirnforscher. Rücksichtslos, wie nur Naturwissenschaftler sein können, unterminieren sie das ohnehin wackelige Fundament unseres Strafrechts. Wenn wir ihn schon nicht beweisen können, postulieren wir bisher den freien Willen. So sieht unser Großer Senat den Menschen auf *freie, verantwortliche, sittliche Selbstbestimmung angelegt* (BGHSt 2, 194, 200). Mit einem so hehren Bild darf eine miese Natur doch nicht einfach Schluss machen. Wie sehr wir den subjektiven Faktor als verfügbare Größe brauchen, sei deshalb hier an einem praktischen Beispiel dargelegt.

Der Betrugstatbestand ist in unserem Strafrecht als *unbewusste* Selbst- oder Drittschädigung ausgestaltet. Ein Mensch muss sich also irren. Diese Regelung stammt aus einer Zeit, in der man annahm, Verträge kämen durch übereinstimmende Willenserklärungen zustande. Die Geschäfte des täglichen Lebens haben seither nicht nur das Zivilrecht, sondern auch das Strafrecht verändert. Automaten oder Computer können zwar nicht irren, aber sie können anstelle eines Menschen strafbar überlistet werden, §§ 265a, 263a StGB. Ob der noch nicht wegrationalisierte Mensch, den der Betrüger täuscht, wirklich irrt, muss weiterhin festgestellt werden. Eigentlich.

Dieser Aufwand ist dann entbehrlich, wenn von anderen Tatbeständen Strafe droht. Das zeigt eine Fehde des OLG Düsseldorf mit dem BGH. Das OLG hatte zunächst generell den Diebstahl von Waren im Selbstbedienungsladen auch als Betrug angesehen (NJW 1961, 1368). Diebstahl und Betrug schlossen einander aus, es gebe keinen betrügerischen Diebstahl, weshalb das Passieren der Kasse mit gestohlenen Waren kein Betrug sei, entschied dagegen der BGH (BGHSt 17, 205, 209). Aber das Verbergen im Einkaufswagen sei Betrug an der Kasse, meinte das OLG 1992 (NJW 1993, 1407). Auch das hält der BGH für falsch (BGHSt 41, 198, 203). Selbst wenn er irrt, was das OLG für festgestellt hielt, sei ein *genereller Verfügungswille des Kassierers in bezug auf den gesamten Inhalt des Einkaufswagens eine bloße Fiktion*. Nur im Winkelschleifer-Fall hatte der BGH noch keine Gelegenheit, das OLG (NJW 1988, 922) zu korrigieren. Hier hatte der Täter an der Kasse einen Winkelschleifer bezahlt, in dessen Umkarton von ihm versteckte Trennscheiben aber nicht. Dem vom OLG angenommenen